

PROKLA-Redaktion

„Rot-Grüner“ Absturz

Gerade ein Jahr ist es her, daß „Rot-Grün“ einen glänzenden Wahlerfolg erlebte. Nicht nur wurde zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik eine Bundesregierung tatsächlich *abgewählt*, mit den Grünen war in der Regierung erstmals eine Partei vertreten, die ihre Gründung und ihren Aufstieg den außerparlamentarischen Protestbewegungen der späten 60er und 70er Jahre sowie der Friedensbewegung der 80er Jahre zu verdanken hatte. In diesem einen Jahr ist es der rot-grünen Regierung allerdings gelungen, auch noch die minimalsten Erwartungen, die man in sie gesetzt hatte, zu unterbieten. „Rot-Grün“ befindet sich nicht nur in den gerade lancierten Umfragewerten im Sturzflug, „Rot-Grün“, verstanden als Projekt einer wenigstens ansatzweisen Alternative zur konservativ-neoliberalen Politik der Vorgängerregierung, ist bereits in diesem ersten Regierungsjahr abgestürzt. Für die PROKLA war dies Grund genug sich mit diesem Absturz zu beschäftigen und den geplanten Schwerpunkt zu Drogenhandel, Sicherheitsapparaten und damit verbundenen gesellschaftlichen Transformationsprozessen auf das nächste Jahr zu verschieben.

In doppelter Hinsicht symbolisch war die Wiederherstellung der vollen Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle zu Beginn der Legislaturperiode: die materiellen Auswirkungen blieben gering,

da die Lohnfortzahlung bereits in vielen Tarifverträgen vereinbart worden war; zum anderen blieb dies aber das einzige Wahlversprechen (neben der Kindergelderhöhung), das wirklich eingelöst wurde. In der Folge gab es dann nur noch Abstürze in den verschiedensten Bereichen. Die grundlegende Reform des Staatsbürgerschaftsrechts wurde gegen den Druck einer deutschtümelnden CDU/CSU nicht wirklich verteidigt, schnell wurde dem nachgegeben, was man für die Gemütslage des Volkes hielt. Ganz ähnlich beim vollmundig angekündigten Atomausstieg: konzeptionslos stand die Regierung den Kraftwerksbetreibern gegenüber, die – keineswegs überraschend, von „Rot-Grün“ aber offensichtlich unerwartet – ihre längst abgeschriebenen und daher besonders profitablen AKWs auf keinen Fall frühzeitig abschalten wollen. Die Liste ließe sich fortsetzen.

Entscheidender als alles, was diese Regierung nicht durchsetzen konnte oder wollte, ist jedoch das, was sie sich nun selbst auf die Fahnen schreibt. Daß im außenpolitischen Bereich auf Kontinuität gesetzt wird und der frischgebackene Außenminister Fischer erklärte, er betreibe keine grüne, sondern eine deutsche Außenpolitik, daß ein Kanzler Schröder populistischer als Helmut Kohl die EU-Zahlungen der Bundesrepublik aufs Korn nimmt (so daß auch die im allgemeinen eher regierungs-

freundliche taz am 24.12.98 kommentierte: „Schröder reißt sich die europäische Tarnkappe von dort, wo der Kopf sein sollte, und schnallt sich den deutschen Helm ums Kinn“) ist nicht allzu überraschend. Auch daß die faktische Abschaffung des Asylrechts, die unter tätiger Mithilfe der SPD erfolgte, jetzt wieder rückgängig gemacht würde, hat wohl niemand ernsthaft erwartet. Wie schnell die neue Regierung jedoch den wirtschafts- und sozialpolitischen Kurs der gerade abgewählten fortsetzte, verblüffte dann aber doch; war „Rot-Grün“ nicht zuletzt deshalb gewählt worden, weil die von der alten Regierung produzierte „soziale Schieflage“, die permanente Umverteilung von unten nach oben und die passive Hinnahme der Massenarbeitslosigkeit zu einem Skandalon geworden war, das sich nicht mehr schönreden ließ? Mit dem jetzt vorgelegten größten Sparpaket in der Geschichte der Bundesrepublik wird diese Schieflage von „Rot-Grün“ weiter verstärkt. Gespart wird auf Kosten der Rentner und Arbeitslosen, was mit dem demagogischen Argument gerechtfertigt wird, niemand könne eine Alternative aufzeigen, die ein ähnliches Sparvolumen besitze. Demagogisch ist dieses Argument nicht nur, weil bereits als Naturnotwendigkeit akzeptiert wird, daß unabhängig von der wirtschaftlichen Situation der Haushaltskonsolidierung absolute Priorität einzuräumen sei. Demagogisch ist dieses Argument vor allem deshalb, weil die Alternative, den Haushalt über die Einnahmeseite zu konsolidieren, von vornherein ausgeschlossen wird: nicht nur ist die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, gegen deren Abschaffung sich „Rot-Grün“ als Opposition noch heftig wehrte, heute ein Tabu; darüberhinaus erbli-

cken SPD und Grüne ihr Heil jetzt offenbar darin, sich als Steuersenkungspartei zu profilieren. Dabei haben die in den letzten Jahren stark zugenommenen Haushaltsdefizite ihre Ursachen nicht nur in den Sonderbelastungen durch die deutsche Einheit, sondern zu einem maßgeblichen Teil gerade in den enormen Entlastungen für die „Besserverdienenden“ während der Ära Kohl, die sich dann auch im rasanten Rückgang der veranlagten Einkommenssteuer in den 90er Jahren niederschlug.

Und dieser Sparhaushalt ist erst der Anfang. Längst wird auch bei „Rot-Grün“ die Ursache der Arbeitslosigkeit in mangelnder Flexibilität des Arbeitsmarktes und zu hohen Lohnersatzleistungen gesehen. Wenn schon in der Regierung nahestehenden Kreisen von einem deutschen „Arbeitsverhältnis de luxe“ gesprochen wird (so Wolfgang Streeck und Rolf Heinze (vgl. dazu den Beitrag von *Stephan Lessenich*), dann läßt sich die Richtung künftiger Politik erahnen. Es ist die Richtung, die auch schon das Blair/Schröder Papier vorgibt: hohle Phrasen mit einem harten neoliberalen Kern. Wirtschaftspolitisch gelten dabei Ideen als neu und vor allem „innovativ“, von denen keine jünger als 100 Jahre ist und die auf einer primitiven Version der Neoklassik beruhen, die in der wissenschaftlichen Debatte bereits in den 60er Jahren zu Bruch gegangen ist (vergl. dazu den Beitrag von *Michael Heine* und *Hansjörg Herr*, insbesondere zur Diskussion bei den Grünen, den von *Jan Prieue* und *Thomas Sauer*).

Nachdem sich „Rot-Grün“ vor der Wahl als der endlich fällige, politische „Wechsel“ präsentierte und von einem guten Teil der Wähler und Wählerinnen gerade aus diesem Grunde die Stimme erhielt, ist nach einem Jahr klar: aus

dem Wechsel wird nicht viel. Dementsprechend verliert „Rot-Grün“ auch rasant an Zustimmung, ohne wenigstens bei jener nebulösen „neuen Mitte“ zu gewinnen, die immer wieder umworben wird. Im Moment scheint es so, als habe es „Rot-Grün“ darauf angelegt, nicht erneut eine Mehrheit zu finden und viele frühere Unterstützer fragen sich, warum machen die das bloß? Zu vordergründig wäre die Erklärung, daß diese so medienorientierte Regierung einfach dem Druck von Medien und starken Verbänden nachgibt. Zwar tut sie das, aber sie tut es vor allem deshalb, weil sie über kein eigenes Projekt verfügt, für dessen Durchsetzung sie sich dann auch auf Konflikte einlassen würden. Bereits vor der Wahl war das ganze Verhalten der SPD darauf ausgelegt, von der Unzufriedenheit über die alte Regierung zu profitieren und bloß nichts zu machen, was den Wahlsieg gefährden könnte. Vor wie nach der Wahl ließ sich die SPD von ihrem traditionellen Ökonomismus lenken, der heute heißt: Politik heißt, den Standort „fit“ zu machen für den internationalen Wettbewerb. Maßstab alles „Machbaren“ sind die Ansprüche „der Wirtschaft“, mit der man sich auch nicht die kleinsten Konflikte meint leisten zu können. Die Art und Weise, wie der „Automann“ Schröder noch jedesmal strammsteht, wenn ihm VW-Chef Piech die Meinung sagt (zuletzt bei der Altautoverordnung der EU), mutet wie eine schlechte Karikatur an; gegen solche Realität hat nicht mal mehr Satire eine Chance.

Und die Grünen? Sie wollen vor allem nichts machen, was die SPD verärgert, diese könnte sich dann ja noch der FDP oder vielleicht sogar einer Großen Koalition zuwenden. Längst sind die Grü-

nen parlamentarisch domestiziert, von ursprünglich einmal kapitalismuskritischen Ansätzen blieb inzwischen nicht einmal mehr ein im traditionellen Sinn des Wortes reformpolitischer Ansatz bestehen und damit ist auch die Zeit zu Ende, wo „Essentials“ für eine Beteiligung an der Regierung formuliert wurden. Heute geht es für die Grünen nicht mehr darum, in die Regierung zu kommen, um wenigstens ein Minimum eigener Politik durchzusetzen (was, wenn dies nicht der Fall ist, den Verzicht auf die Ministersessel zur Folge hat), sondern es geht eher darum, die eigenen Ansprüche soweit zurückzuschrauben, daß eine Regierungsteilnahme nicht gefährdet wird. Maßstab ist demnach, was die SPD oder genauer ihr Kanzler Schröder erlaubt.

Der Versuch, bloß nichts falsch zu machen, setzte sich in der „Konsenspolitik“ der Regierung fort, alles soll im „Konsens“ erreicht werden: mehr Beschäftigung im Bündnis für Arbeit, den Atomausstieg im Konsens mit den Kraftwerksbetreibern. Legt man sich aber von vornherein auf Konsens als Ziel fest, dann wird man von der anderen Seite sofort erpressbar: Hat man dem Wahlvolk versprochen, daß alle Probleme ohne Konflikt und nur im Konsens geregelt werden, dann ist bereits die Ankündigung einer Nichtteilnahme am Gespräch, eine ernsthafte Drohung. Jede unbequeme Regierungsmaßnahme läßt sich mit dem Verdikt, sie mache einen künftigen Konsens unmöglich, stigmatisieren. Kommt der Konsens nämlich nicht zustande, so erscheint dies automatisch als Versagen der Regierung, die diesen Konsens doch versprochen hatte.

In rotgrünem Gewand setzt sich die neoliberale Politik der konservativen

Regierung fort (was, wie *Achim Brunnengräber* und *Christian Stock* in ihrem Beitrag zu „Global Governance“ zeigen, auch für die sozialdemokratischen Vorstellungen zur künftigen Gestaltung der internationalen Politik gilt). Hat sich außer einigen rhetorischen Floskeln somit nichts geändert? Wesentlich geändert hat sich zwar nicht die Politik, aber der Kontext, in dem sie stattfindet. Während vor der Wahl Konservative und Liberale für eine neoliberale Politik und den (teils stärkeren, teils schwächeren Abbau sozialstaatlicher Leistungen), argumentierten Sozialdemokraten und Grüne wenigstens halbherzig gegen diese Politik und bildeten Ansprechpartner für die verschiedenen gewerkschaftlichen und außergewerkschaftlichen Protestbewegungen. Jetzt ist diese außerparlamentarische Opposition, die von einem diffusen rotgrünen Milieu ausging, zunächst einmal sprachlos. Die Gewerkschaften, denen von der neuen Regierung kaum weniger zugemutet wird als von der alten, verhalten sich noch weitgehend ruhig. Und während des Kosovo-Krieges lobte Ex-CDU-Generalsekretär Hintze die Grünen ganz explizit dafür, daß sie die Friedensbewegung ruhiggestellt hätten. Die friedenspolitischen Leistungen der Grünen waren damit aber noch nicht erschöpft. Während 1998 die Grünen in Berlin noch zu Demonstrationen gegen das öffentliche Rekrutengelöbnis aufgerufen hatte, fehlte in diesem Jahr nicht nur die grüne Unterschrift unter einem solchen Aufruf, Angelika Beer, die verteidigungspolitische Sprecherin der Grünen, gehörte jetzt zu den Gästen des militaristischen Spektakels.

Paralysiert scheint aber nicht nur ein großer Teil der früheren Protestbewegungen zu sein, sondern auch ein guter

Teil der linken, sozialwissenschaftlichen Intelligenz, wenn er nicht gleich beim Modernisieren fröhlich mitmacht. Noch immer herrscht bei vielen linken Sozialwissenschaftlern der Eindruck vor, daß es sich bei den Schröders, Fischers und Scharpings, doch irgendwie um „unsere“ Regierung handelt, mit deren Politik man zwar höchst unzufrieden ist, die man aber auch nicht allzu heftig kritisieren will, weil dies doch Wasser auf die Mühlen der Konservativen wäre. Einen deutlichen Ausdruck findet diese Selbsttäuschung nicht zuletzt darin, daß Lafontaine genau dann zum Hoffnungsträger aufgebaut wurde, als er zurückgetreten war. *Wolf-Dieter Narr* untersucht in seinem Beitrag die Gründe wie auch die Vergeblichkeit dieses Hoffens auf „Rot-Grün“.

Es ist höchste Zeit die Selbstzensur aufzugeben und sich darauf zu besinnen, daß die Linke nicht einer Partei, sondern bestimmten politischen Zielen verpflichtet ist: als absolutes Minimum der Herstellung von mehr sozialer Gerechtigkeit (von alternativen Gesellschaftsentwürfen wollen wir schon gar nicht reden). Nicht fragwürdige Hoffnungen und sentimentale Erinnerungen an ehemals gemeinsam geführte Auseinandersetzungen, sondern diese Ziele sollten Maßstab einer Beurteilung rotgrüner Regierungspolitik sein. Denn wenn eine „kritische Sozialwissenschaft“ politisch überhaupt etwas bewirken kann, dann nicht, indem sie sich aufgrund von Rücksichtnahmen und Hoffnungen selbst zurückhält, sondern nur durch eine nach allen Seiten hin rücksichtslose Kritik.